Vom Heimatdienst zur politischen Bildung

Johannes Schillo

Die historische Aufarbeitung der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung in Deutschland wird mittlerweile – vor allem, seitdem sich die markanten Jubiläen häufen – mit Nachdruck betrieben. Viele Einrichtungen können auf eine Tradition zurückblicken, die mehr als ein halbes Jahrhundert umfasst. Dabei kommt in Deutschland naturgemäß die legendäre „Stunde Null" in den Blick, also die Nachkriegssituation als Geburtsstunde einer politischen Bildung, die unterm Titel „Reeducation" staatlich verordnet war und die auf die Umformung des Bürgerbewusstseins setzte – und so bei aller erklärten Diskontinuität doch in einer gewissen Kontinuität zu den staatlichen Vorgängern stand.

Einen wichtigen Schritt der Aufarbeitung stellt die umfangreiche Studie der Politikwissenschaftlerin Gudrun Hentges „Staat und politische Bildung" (2013) dar, die die Entstehung der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) untersucht. Die Publikation, die den Zeitraum von Ende der 1940er bis Ende der 1950er Jahre umfasst und die weitere Entwicklung nur andeutet, wurde schon seit längerem erwartet, nachdem die Autorin erste Forschungsergebnisse veröffentlicht hatte (Hentges 2002). Das ungemein detailgenaue Buch hat jetzt eine bildungsgeschichtliche Forschungslücke geschlossen. Bislang gab es nur die Studie von Benedikt Widmaier (1987), die einen Einblick in den Entstehungsprozess der Zentrale ermöglichte, allerdings von einer viel



Johannes Schillo
ist freier Journalist.

Gudrun Hentges, Staat und politische Bildung – Von der „Zentrale für Heimatdienst" zur Bundeszentrale für politische Bildung". 2013 Wiesbaden, 493 Seiten.



schmaleren Materialbasis ausgegangen war. Ergänzt wird der Blick auf die institutionellen und ideologischen Zusammenhänge staatlicher Bildungsförderung inzwischen durch verschiedene Untersuchungen, die der Formierung der politischen Kultur und des öffentlichen Lebens in der jungen Bundesrepublik unter dem Prinzip des Antikommunismus nachgehen (vgl. Creuzberger 2008, Bosse 2012, Ahlheim/Schillo 2012, Foschepoth 2013).

Erstaunliche Kontinuität

Der Neuanfang der politischen Bildung in Deutschland nach 1945 offenbart sich – so kann man den aktuellen Diskussionsstand zusammenfassen – gar nicht als der definitive Bruch mit einer unseligen vordemokratischen Tradition, von dem immer wieder die Rede war, sondern zeigt in mehrerlei Hinsicht eine erstaunliche Kontinuität. Als Erstes ist natürlich das Prinzip der staatlichen Verordnung eines Bürgerleitbildes festzuhalten, das eine Umerziehung, eine Reeducation des Volkscharakters anleiten sollte. Die heute verbreitete Vorstellung von politischer Bildung als einer vornehmlich zivilgesellschaftlichen Aktivität und einem durch Überwältigungs- und Indoktrinierungsverbote charakterisierten pädagogischen Prozess war hier nicht bestimmend. Gerade das, was die westdeutsche Politikdidaktik der politischen Pädagogik des realen Sozialismus vorwarf, war explizites Ziel der demokratischen Umerziehung: die Schaffung eines neuen Menschen, eines neuen Sozialcharakters, durch eine quasi-therapeutische Umprogrammierung – rechte Kritiker wie Caspar Schrenck-Notzing, die den deutschen Nationalcharakter vor Überfremdung schützen wollten, sprachen daher von „Gehirnwäsche".

Reeducation war dabei kein geschlossenes Konzept, konkurrierende Begriffe waren Reorientation und Reconstruction. Dazu und zu den Differenzen zwischen US-amerikanischer und britischer Besatzungspolitik bringt Hentges im ersten Teil ihrer Studie aufschlussreiches Material (Hentges 2013, 27ff). Reeducation avancierte dann aber zur westliche Leitlinie – und nicht die in der Potsdamer Konferenz vereinbarte Demilitarisierung: Nach dem Ende der Roosevelt-Administration und der Stornierung des Morgenthau-Plans setzte Präsident Truman bei den Westalliierten durch, dass nicht die Zerstörung des (west-)deutschen Wirtschafts-, Rüstungs- und Militärpotentials auf der Tagesordnung stand, sondern ein Gesinnungswandel im Gemeinwesen, das jetzt die weltpolitische Blockgrenze bildete. Die Besatzungsbehörden sollten in diesem Sinne konsequent durchgreifen, um dann den weiteren Prozess in deutsche Hände zu geben. Von sachkundigen alliierten Militärberatern wie dem Politologen Carl J. Friedrich wurde dies explizit als (Übergangs-)Zustand einer „konstitutionellen Diktatur" verstanden (ebd., 37).

Reeducation sollte aber zugleich mehr sein als die Produktion gefügiger Staatsbürger im Rahmen der neuen Ordnung. Es schwang der idealistische Auftrag zu einer breiten Demokratisierung mit, die sich nicht einfach mit der Umstellung der Massenloyalität auf eine neue, jetzt demokratisch legitimierte

Obrigkeit begnügen wollte. Interessant ist nur, dass die Bundeszentrale – als koordinierende, überregionale Stelle der Politik, die wesentliche Förderungsaufgaben übernehmen und durch ihr Materialangebot den Politikunterricht anleiten sollte – zwar im Gefolge der alliierten Reeducation entstand, dass diese bei der Gründung aber gar nicht den leitenden Gesichtspunkt, weder institutionell noch konzeptionell, abgab. Die Bundeszentrale wurde bewusst in eine nationale Tradition gestellt, der Einfluss westlicher, vor allem amerikanischer Reeducation-Ideen wurde zurückgedrängt.

Die nationale Linie zeigte sich schon im Namen „Heimatdienst", unter dem die Bundeszentrale in der Anfangsphase firmierte. Hier wurde eine Kontinuität hergestellt, die bis aufs wilhelminische Kaiserreich zurückgeht. Die Reichszentrale für Heimatdienst (RfH) wurde im Ersten Weltkrieg gegründet. Die Oberste Heeresleitung nahm nämlich neben der Propaganda für die Front ab 1916 auch stärker die Stimmung im Hinterland ins Visier. So kam zum „Frontdienst" der „Heimatdienst" hinzu. Es entstanden erste propagandistische Schriftenreihen, 1917 wurde eine „Zentralstelle" gegründet, aus der 1918 die Reichszentrale für Heimatdienst hervorging. Diese wurde in der Weimarer Republik beibehalten und 1933 ins nationalsozialistische Propaganda-Ministerium integriert. Die Bundeszentrale der Nachkriegszeit stellte also nicht einfach einen demokratischen Neuanfang dar, sondern war explizit eine Traditionseinrichtung.

Und sie griff natürlich auf bewährtes Personal aus der Zeit vor 1945 zurück. Die ersten Rezensionen zu „Staat und politische Bildung" von Otto Köhler und Erhard Meueler (Junge Welt, 1.3.13 bzw. 27.5.13) haben diese personelle Kontinuität hervorgehoben. Meueler legte besonderen Nachdruck auf die propagandistische Traditionslinie, in der neuen Behörde seien schon bald ehemalige NS-Fachleute „tonangebend" gewesen. Hierzu hat Hentges in der Tat einschlägiges Material zusammengetragen. An instruktiven Exkursen etwa zu den Fällen Mäe, Hahn-Butry oder v. Mende zeigt sie (Hentges 2013, 261ff, 294ff, 373ff), wie selbst übelste NS-Propagandisten und Kriegsverbrecher von der Behörde als stramm antikommunistische Autoren und Referenten bevorzugt wurden. Die bildungsgeschichtliche Analyse kann sich aber nicht in solchen Personalfragen erschöpfen. Nationalismus und Antikommunismus – zwei Kernpunkte nationalsozialistischer Ideologie – sind hier ebenso zu würdigen.

Nationalerziehung

Richard Strahl, der von 1918 bis 1933 das Amt des Leiters der Reichszentrale für Heimatdienst innehatte, wurde 1950 vom Bundesinnenministerium (BMI) als Berater für die Neugründung der Bundeszentrale engagiert. Bezeichnender Weise geschah dies erst nach Heinemanns Rücktritt als Innenminister. Heinemann hatte einer Wiederbelebung der RfH ablehnend gegenüber gestanden, er favorisierte eine pluralistische, regierungsferne Agentur. Strahl

hatte 1926 die „Grundsätze der Volksaufklärung“ seiner Behörde publiziert und als ersten Leitgedanken formuliert: „Vornehmste Aufgabe ist es, die im Deutschen wurzelnde starke Liebe zur Heimat aufs engste mit dem *Gedanken der Volksgemeinschaft, der Not- und Schicksalsverbundenheit aller deutschen Stämme, Stände und Staatsbürger* und mit einem gesunden und berechtigten Nationalbewußtsein zu verknüpfen.“ (Zit. nach Hentges 2013, 111f, Herv. i. O.) Hentges resümiert, „dass im Zentrum der sog. Volksaufklärung die Kritik am Versailler Vertrag stand“; und es war daher nur konsequent, dass Strahl die 1933 erfolgte Integration der Reichszentrale in Goebbels' Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda begrüßte (ebd., 112f).

Adenauer, Globke und der auf Heinemann folgende Innenminister Lehr wollten ganz bewusst die Anknüpfung an diese Tradition. Globke wehrte zielstrebig Versuche aus dem Bereich der Reeducation-Einrichtungen, so des Frankfurter Instituts zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten (ebd., 69ff), ab, die als erste an eine neue Behörde der politischen Bildung gedacht hatten. Strahl wurde zwar nicht in die Leitung der neuen Zentrale berufen, dafür aber Paul Franken, dessen nationalistische Gesinnung Hentges am Beispiel seiner Entnazifizierungs-Kritik dokumentiert (ebd., 84ff). Die Bundeszentrale wurde also bewusst für das „deutsche Volk“ gegründet, wie es Jahrzehnte lang im entsprechenden bpb-Erlass hieß, der erst im 21. Jahrhundert unter der Präsidentschaft von Thomas Krüger geändert wurde. Der Gedanke der nationalen Wiedergeburt – die Situation der Auslandsdeutschen, Flüchtlings- und Grenzfragen gehörten wie zur Zeit der Reichszentrale in den neuen Aufgabenkatalog (zu den entsprechenden Kontroversen vgl. ebd., 214ff) – verband sich dabei harmonisch mit der Westintegration. In der ersten Aufgabenbeschreibung, die Globke dem Haushaltsausschuss des Bundestags 1951 präsentierte, war zugleich die Rede davon, dass mit dem Heimatdienst eine „europäische Gesinnung“ in der Bevölkerung geweckt werden sollte (ebd., 118).

Dass man internationale, mit besonderem Nachdruck – wie die Gründung des bpb-Ostkollegs 1957 zeigte – osteuropäische Vorgänge in den Blick nahm und auch die westeuropäische Integration zum vorrangigen Thema machte, steht zur nationalen Orientierung nicht im Widerspruch. Der internationale Blickwinkel ist per se keine Absage an Nationalerziehung, er fügt sich seit der Ära des Imperialismus Ende des 19. Jahrhunderts selbstverständlich in die weit ausgreifende Machtentfaltung von Nationalstaaten ein und war daher auch meist anerkannter Bestandteil nationalpädagogischer Bemühungen. So entstand ein pädagogisches Stufenmodell, das Nation und Globalität als sich ergänzende Größen aufeinander bezieht. Dass als dritte Größe Europa dazwischengeschaltet wird, findet sich etwa schon bei Moeller van den Bruck, der einer der führenden Vertreter politischer Pädagogik am Ende der wilhelminischen Ära (vgl. Ciupke u.a. 2008, Weiß 2012) und im Ersten Weltkrieg beim Pendant der RfH, dem Frontdienst, tätig war. Er schrieb 1923 im Vorwort zu „Das Dritte Reich“, die nationale Wiedergeburt ziele darauf, „dass wir als europäisches Volk leben“ (Moeller 1930, X). Moeller van den Brucks politisch-publizistische Tätigkeit nach 1919 stimmte in der Polemik gegen den Versail-

ler Vertrag mit der Arbeit der RfH überein. Er war an wichtigen Initiativen zur Formierung der öffentlichen Meinung beteiligt, und sein Beitrag zur „nationalen Revolution“ wird im heutigen Deutschland von konservativer Seite immer noch als Vorbild betrachtet (vgl. Kellershohn 2013).[1]

Eine gewisse Parallele zur Reichszentrale stellt übrigens die UFA, der bedeutendste deutsche Filmkonzern, dar. Die UFA-Gründung erfolgte 1917 ebenfalls auf Befehl der Obersten Heeresleitung im Ersten Weltkrieg. Bei einer Krisensitzung am 25. Mai 1917, auf der Oberstleutnant von Haeften, Leiter der Militärischen Stelle des Auswärtigen Amtes, die Gründung einer „Reichsstelle für Propaganda“ vorschlug, wurde die Notwendigkeit betont, die deutsche Presse bei der Berichterstattung über den Kaiser und die Heeresleitung in die Pflicht zu nehmen, sie solle „im Wort, vor allen Dingen aber auch im Bild und Film“ von der in „harter Pflichterfüllung geleisteten Arbeitstätigkeit“ der nationalen Führung ein klares Bild vermitteln (Kreimeier 1995, 13). Einige Wochen später verfasste dann General Ludendorff ein Schreiben an das Kriegsministerium, das als Gründungsdokument der UFA gilt und in dem es hieß: „Der Krieg hat die überragende Macht des Bildes und Films als Aufklärungs- und Beeinflussungsmittel gezeigt. Leider haben unsere Feinde den Vorsprung auf diesem Gebiet so gründlich ausgenutzt, daß schwerer Schaden für uns entstanden ist.“ (Ebd., 14)

Das aus dem Geist des Wilhelminismus geborene massenmediale Propagandainstrument wurde in der Weimarer Republik auf eine kommerzielle Basis gestellt und zeigte sich auch auf dem Weltmarkt erfolgreich. Es gedieh unter der Kontrolle durch Deutsche Bank und Hugenberg-Konzern bis zur Perfektionierung der staatstragenden Massenunterhaltung unter Goebbels im Dritten Reich. Nach 1945 führte die filmische Betreuung der Heimatfront durch die UFA – anders als der wieder auferstandene Heimatdienst – nur noch ein Schattendasein. Die Steuerung der Kinounterhaltung in der jungen Bundesrepublik nahmen staatliche Stellen vor, so beschränkten etwa interministerielle Ausschüsse den Import antifaschistischer Filme aus dem ost-, aber auch aus dem westeuropäischen Ausland.

Bei der Bundeszentrale war in der Gründungsphase gleich die Bedeutung der neuen audiovisuellen Medien im Blick; die ersten Ideen zielten auf die Gewinnung eines Massenpublikums, das mit konventionellen Textangeboten nicht zu erreichen sei – die Debatte über die „bildungs-“ oder „politikfernen“ Zielgruppen, die die Bundeszentrale heute forciert, hat also Tradition. Interessant ist dabei auch die Tatsache, dass Richard Muckermann, der erste Kuratoriumsvorsitzende der Bundeszentrale, bereits früh Erfahrungen als Mitarbeiter der Reichszentrale gesammelt hatte. 1920 verfasste er als RfH-Referent die Richtlinie „Film und Volkskultur“. Nach dieser Richtlinie war Volkskultur als „eine Besinnung auf die eigenen nationalen Kulturleistungen unter bewusster Abhebung von der 'westlichen' Zivilisation“ zu verstehen“ (K. Wippermann, zit. nach Hentges 2013, 210).

Zur Tradition der Nationalerziehung gehört auch eine bemerkenswerte inhaltliche Kontinuität, nämlich der Bezug auf die Bürgertugend der Zivil-

courage. Diese stellt nach wie vor ein wesentliches Moment im Leitbild des „Aktivbürgers" dar, das die Bundeszentrale favorisiert und das in der bpb-Gründungsphase ein erstrangiges Anliegen war. Das Thema Zivilcourage erfuhr in der rotgrünen Ära mit dem legendären „Aufstand der Anständigen" wieder einen besonderen Aufschwung. So förderte die Bundeszentrale verschiedene Publikationen, legte auch selber zum Start der damaligen Rechtsextremismuskampagne ein Handbuch für Zivilcourage vor. Dort erinnerte sie dann ganz ungerührt an die Herkunft des Begriffs „Zivilcourage" aus dem deutschen Militarismus (bpb 2001, 230f). Die Rede von der Zivilcourage wurde ja 1864 von Bismarck in Umlauf gebracht, der diese Tugend dem deutschen Volk für die Jahre des Friedens als Komplement der soldatischen Tapferkeit anempfahl.

Zur Wertschätzung des mutigen Bürgers bekannte sich auch der Nationalsozialismus. Hitler brandmarkte in „Mein Kampf" den desolaten Zustand der politischen Jugenderziehung nach 1918 und sah in der Lethargie der Jugend, in deren fehlender „Entschlusskraft" und „Verantwortungsfreude", vor allem eine Folge der „mangelnden Zivilcourage" ihrer Vorbilder aus der politischen Klasse (Hitler 1936, 463). Die Forderung nach Zivilcourage ist eben aus dem Geist des komplementären Verhältnisses von Frontdienst und Heimatdienst geboren. Sie ermuntert den Einzelnen zum selbst- bis rücksichtslosen Einsatz für eine höhere Sache, z.B. für die Rechte der Volksgemeinschaft, modern natürlich für die Menschenrechte. Für diese Sache, für die der Soldat an der Front sein Leben aufs Spiel setzt, soll im Hinterland auch so etwas wie eine spontane Einsatzbereitschaft abrufbar sein und von mutigen Einzelnen unter Beweis gestellt werden (zur Kritik des Leitbilds vgl. Schillo 2002).

Antikommunismus

Dass die antikommunistische Feindorientierung Leitschnur der Bildungsarbeit war, galt in der jungen Bundesrepublik für die verschiedensten Abteilungen der politischen Kultur, besonders ausgeprägt etwa für die deutschlandpolitische Bildung, die im Rahmen des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen gefördert wurde. Das Bildungswerk der Humanistischen Union in NRW führte gemeinsam mit dem Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur 2011 eine Tagung durch, die sich mit einer Selbstreflexion der einschlägigen Bildungsarbeit befasste. Sie stand unter der Überschrift „Die SED-Diktatur und die deutsche Frage – Zur Auseinandersetzung mit der deutschen Teilung und der SED-Ideologie in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung der Bundesrepublik vor 1989". Wie das Expertengespräch belegte, waren die gesamtdeutschen Bemühungen durch die beiden Pole Antikommunismus und Nationalismus bestimmt. Eine unmittelbar auf Wiedervereinigung hin orientierte Zielstrebigkeit existierte nicht, aber selbstverständlich waren die politisch-strategischen Weichenstellungen, wie der Historiker Stefan Creuz-

berger darlegte, „auf Systemüberwindung ausgerichtet“: Die junge westdeutsche Republik habe sich „durch eine klare Feindorientierung ausgezeichnet, die nicht nur nach außen, sondern auch im Innern, in politischer Kultur, Öffentlichkeit, Wissenschaft und Pädagogik, eine ideologische Formierung vorgenommen und so Methoden gesteuerter Meinungsbildung eingesetzt habe, wie man sie gerade dem Bolschewismus als Merkmal seines 'totalitären' Systemcharakters vorwarf“ (Schillo 2011, 453).

Dieser Befund deckt sich mit den Ergebnissen von Hentges' Studie. Sie weist nach, dass die antikommunistische Orientierung von besonderer Bedeutung für die Etablierung der Bundeszentrale war. Der Ausbau der Zentrale – speziell die Gründung des bpb-Ostkollegs 1957 – folgte dem Programm eines „militanten Antikommunismus“, der „Blocklogik des Kalten Krieges“, die, so Christoph Butterwegge im Vorwort zu „Staat und politische Bildung“, in ihrem totalitären Zugriff „vielleicht noch verheerender (war) als die neoliberale Standortlogik“ (Hentges 2013, 5). Entscheidend war hier, wie Hentges herausarbeitet, der „Paradigmenwechsel“ (ebd., 442), der Mitte der 50er Jahre erfolgte, nämlich die definitive Einschwörung der Bundeszentrale auf den Kampf gegen den Bolschewismus bei gleichzeitigem Zurückfahren der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Hentges spricht von einer neuen Funktionsbestimmung der Bundeszentrale. Die Behörde wurde explizit – wenn auch vorwiegend im internen Sprachgebrauch – unter den Auftrag der Propaganda gestellt (428). Sie wurde jetzt, wie es in den internen Papieren des BMI hieß, als „Träger der Breitenpropaganda gegen den Kommunismus“ (ebd., 387) verstanden. In Kooperation mit Geheimdiensten (Verfassungsschutz, CIA) und unter Verwendung moderner Beeinflussungstechniken aus Werbung und PR wurde nach Wegen gesucht, die öffentliche Meinung zu lenken.

Hentges' Studie arbeitet beim Thema Propaganda minutiös die personellen Verbindungen zum NS-Regime heraus. Diese stellen ja auch einen Skandal erster Güte dar. So war etwa mit Professor Gerhard von Mende bei der Gründung des Ostkollegs ein wissenschaftlicher Mentor tätig, der als Experte die nationalsozialistische Judenvernichtung begleitet und z.B. an einem Folgetreffen der Wannseekonferenz teilgenommen hatte. Die NS-Verstrickung vieler Beteiligter war übrigens den staatlichen Stellen der jungen Bundesrepublik bekannt, hatte aber nur selten Konsequenzen – meist nur dann, wenn die Öffentlichkeit oder das Ausland darauf aufmerksam wurden. Wichtig ist jedoch, dass die Analyse von Hentges über den Nachweis solcher personellen Kontinuität hinausgeht. Sie lässt die ideellen und konzeptionellen Traditionslinien der Zentrale erkennen. Damit bestätigt die Analyse frühere Befunde von der Subsumtion der Bildungsarbeit unter geheimdienstliche, manipulative und propagandistische Konzepte (vgl. Widmaier 1987).

Am vorherrschenden Geist der politisch-ideologischen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus zeigt sich, dass der Adenauerstaat die NS-Vorstellung von der gesunden Volksgemeinschaft tradierte. Das „deutsche Volk“, dem sich der Heimatdienst exklusiv zu widmen hatte, sei durch die

zersetzende Kritik dialektisch geschulter sowie von außen, letztlich von Moskau eingeschleuster Elemente aufs Höchste gefährdet und müsse gegen den Einfluss solcher Schädlinge mit allen Mitteln immunisiert werden. Man müsse eine „instinktsichere Mobilisierung der Gefühle", so ein internes BMI-Papier (Hentges 2013, 347), in die Wege leiten. Dass man hier das Erbe des Goebbels'schen Propagandaministeriums antrat, war den Protagonisten bewusst. Der BMI-Staatssekretär Ritter von Lex gab bei der Gründung des Ostkollegs zu bedenken, man müsse nach außen hin vorsichtig sein, damit „nicht der Verdacht entstehe, dass 'Goebbels'sche Propaganda' betrieben werde" (ebd., 426). In der Praxis wurde genau diese Traditionslinie benutzt, und die ehemaligen NS-Experten konnten sich logischer Weise mit der Erfahrung andienen, die sie unter der Nazi-Herrschaft gesammelt hatten.

Was bei Hentges auch deutlich wird: Es gab durchaus noch weiter gehende Pläne, eine zentrale Steuerung des öffentlichen Lebens vorzunehmen. So sollte auch das literarische und kulturelle Leben (das der CIA mit seinem Kongress für kulturelle Freiheit – CFF – bereits im Visier hatte) stärker politisch kontrolliert werden. Es gab z.B. die Idee, durch die Bundeszentrale ein „literarisches Standardwerk 'bekannter und populärer antikommunistischer Schriftsteller'" (ebd., 348f) zu lancieren. Auf diese Weise sollte eine kulturelle Hegemonie, die den Einfluss linker Schriftsteller zurückdrängt – genannt wurden in dem BMI-Papier Alfred Andersch, Arno Schmidt oder die Gruppe 47 –, mit Hilfe der Bundeszentrale durchgesetzt werden. Die Idee wurde nicht realisiert, was aber nicht unbedingt an der Zurückhaltung der Akteure lag, sondern an Kompetenzstreitigkeiten, die sich die verschiedenen Behörden und Ausschüsse bei der Ausarbeitung ihres antikommunistischen „Generalstabsplans", so die interne Terminologie (ebd., 346), leisteten.

Im Grunde sind solche Radikalisierungen also gar nicht wegen demokratischer Bedenken unterblieben; die Maßnahmen wurden vielmehr innen- und außenpolitisch abgestimmt und so letztlich effektiver gestaltet. Das gilt auch für die grundsätzliche Positionierung der Bundeszentrale. Die Planung der Adenauer-Regierung war ja zunächst auf eine Art Propaganda-Agentur der Regierung gerichtet; sie ging, wie es Hentges an den zahlreichen Kontroversen zwischen Bundeskanzleramt, Bundespresseamt, Auswärtigem Amt etc. dokumentiert, in Richtung einer „grundlegend anderen Funktionsbestimmung der Bundeszentrale im Sinne eines Propagandainstruments in den Händen der Bundesregierung" (ebd., 206f). Dies wurde zwar verhindert, in wichtigen Fragen jedoch, das zeigt die neue Studie an zentralen Beispielen wie der westdeutschen Remilitarisierung, wurde eine „möglichst weitgehende Übereinstimmung" mit der „sog. Regierungslinie" angestrebt (ebd., 228) und im Endeffekt auch hergestellt. So konnte sich das totalitäre Vorhaben im demokratischen Gewand präsentieren.

*

Die Arbeit von Hentges ist historisch ausgerichtet, sie leistet einen wichtigen Beitrag dazu, die Konstitution des heutigen Praxisfeldes der politischen Bildung zu erhellen. Im Fokus der Analyse steht dabei die unmittelbare Nach-

kriegszeit bis Ende der 1950er Jahre. Am Schluss geht die Autorin kurz auf die 1960 ins Leben gerufene „Kommission zur Beratung der Bundesregierung in Fragen der politischen Bildung" ein, mit der sich dann ganz allmählich ein Wandel der Behörde abzuzeichnen begann – eine erste Auswirkung des Reformwillens war die 1963 erfolgte Umbenennung in „Bundeszentrale für politische Bildung". Der gegenwärtige Präsident der Bundeszentrale, Thomas Krüger, hat übrigens zu dem neuen Sammelband „Politische Bildung als Profession" in der bpb-Schriftenreihe ein Vorwort beigesteuert, in dem er – ähnlich wie Hentges, aber mit moderateren Formulierungen – auf den Entstehungsprozess der Bundeszentrale zu sprechen kommt. Hier betont er die später erfolgte Abkehr der Behörde von einer ursprünglichen „Immunisierungsstrategie" (Hufer/Richter 2013, 9). Mit dem Bildungsziel der Mündigkeit habe sich, so Krüger, das Selbstverständnis der Profession gewandelt, genauer gesagt: in einen offenen Prozess begeben. Um diesen Prozess besser zu verstehen und damit auch Anstöße für die heutige Professions-Debatte zu erhalten, dürfte es hilfreich sein, sich der Anfänge zu vergewissern. Der Studie von Hentges kommt hier im Blick auf die Institutionengeschichte der Status eines Standardwerks zu, das für die weitere bildungsgeschichtliche Reflexion mit Gewinn zu nutzen ist.

Anmerkung

1 Die nationalpädagogische Tradition ist eine konventionelle Form, die internationale Orientierung zu begründen. Sie hat in der (außerschulischen) politischen Bildung im Grunde erst seit der Globalisierungsdebatte zu Kontroversen geführt (vgl. Schillo 2007). Mit Beginn des 21. Jahrhunderts wird diese Tradition in Frage gestellt. So wird seit den jüngsten internationalen Entwicklungen konsequent auf das Leitbild Weltbürger Wert gelegt und gefordert, einen Bruch mit der nationalstaatlichen Borniertheit zu vollziehen. Ausgangspunkt sind die modernen transnationalen Prozesse in Politik, Wirtschaft und Kultur; hieraus ergebe sich das Erfordernis der Kosmopolitisierung, wobei dies nicht einfach als Nachvollzug der Globalisierungsrhetorik gedacht ist. „‚Kosmopolitismus' versteht sich als positiver Gegenentwurf zum Begriff ‚Globalisierung'", schrieb etwa Benedikt Widmaier in seinem programmatischen Aufsatz „Der Weltbürger" (2006, 134). Die dadurch angestoßenen Debatten haben bislang zu keinem eindeutigen Resultat geführt, und die transnationale Euphorie ist mit der Finanz- und Schuldenkriese deutlich abgeflaut. Im europäischen Kontext ist vielmehr bemerkenswert, dass sich eine neue Tendenz der Renationalisierung eingestellt hat.

Literatur

Klaus Ahlheim/Johannes Schillo (Hg.): Politische Bildung zwischen Formierung und Aufklärung. Hannover 2012.

Vinzenz Bosse, Deutschlandpolitik revisited, in: Journal für politische Bildung, 1/12, S. 54-58.

bpb – Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Gesicht zeigen! Handbuch für Zivilcourage. Bonn 2001

Paul Ciupke/Klaus Heuer/Franz-Josef Jelich/Justus H. Ulbricht (Hg.), „Die Erziehung zum deutschen Menschen" – Völkische und nationalkonservative Erwachsenenbildung in der Weimarer Republik. Essen 2007.

Stefan Creuzberger, Kampf für die Einheit – Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges 1949-1969. Düsseldorf 2008.
Josef Foschepoth, Überwachtes Deutschland – Post- und Telefonüberwachung in der alten Bundesrepublik. 3. Auflage, Göttingen 2013 (auch als Band 1415 in der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung erschienen).
Gudrun Hentges, Heimatdienst, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 11/02.
Gudrun Hentges, Staat und politische Bildung – Von der „Zentrale für Heimatdienst" zur „Bundeszentrale für politische Bildung". Wiesbaden 2013.
Adolf Hitler, Mein Kampf. (1925) 211./212. Aufl., München 1936.
Klaus-Peter Hufer/Dagmar Richter (Hrsg.): Politische Bildung als Profession – Verständnisse und Forschungen. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 1355 (Perspektiven politischer Bildung, Bd. 3). Bonn 2013.
Helmut Kellershohn (Hg.), Die Deutsche Stimme der Jungen Freiheit – Lesarten des völkischen Nationalismus in zentralen Publikationen der extremen Rechten. Münster 2013.
Klaus Kreimeier, Die UFA-Story – Geschichte eines Film-Konzerns. München 1995.
Arthur Moeller van den Bruck, Das Dritte Reich. (1923) 3. Aufl., Hamburg 1930.
Johannes Schillo, Zivilcourage – Anmerkungen zu einem Leitbild der politischen Bildung, in: Kursiv, 3/02.
Johannes Schillo, Die Liebe zum Vaterland in Zeiten der Globalisierung, in: Praxis Politische Bildung, 2/07.
Johannes Schillo, Deutschlandpolitische Bildungsarbeit vor 1989 – Bericht über eine Tagung in Vlotho, in: Außerschulische Bildung, 4/11.
Volker Weiß, Moderne Antimoderne – Arthur Moeller van den Bruck und der Wandel des Konservatismus. Paderborn u.a. 2012.
Benedikt Widmaier, Die Bundeszentrale für politische Bildung – Ein Beitrag zur Geschichte staatlicher politischer Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/M. u.a. 1987.
Benedikt Widmaier, Der Weltbürger – Zukunftsmusik für politische Bildung?, in: Praxis Politische Bildung, 2/06.